

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ZU:

Antwort der Landesregierung - Drucksache 6/11445 vom 23.05.2019

Mehr Personal, landesweite Standards und klare Regeln - Tier- und Immissionschutzkontrollen in Brandenburg verstärken

In den letzten Jahren ist die geringe Kontrolldichte bei der Überprüfung Brandenburger Tierhaltungsanlagen in die Kritik geraten. So hatte eine Bundestagsanfrage 2018 ergeben, dass Tierhaltungsbetriebe in Brandenburg durchschnittlich nur alle 16,4 Jahre hinsichtlich der Einhaltung der tierschutzrechtlichen Bestimmungen kontrolliert werden. Eklatante Verstöße gegen das Tierschutzgesetz werden häufig von Tierschutzorganisationen aufgedeckt. Amtsveterinäre erfahren in der Regel durch Beschwerden von einem Missstand. Auch beim Immissionsschutz verdichten sich in den letzten Jahren die Hinweise, dass die personelle Ausstattung der Kontrollbehörden unzureichend ist. So bestätigte das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) jüngst die permanente Grundwasserbeeinträchtigung durch undichte Güllebehälter an der größten Schweinemastanlage Brandenburgs. Eine Abfrage aller Landkreise zu ähnlichen Fällen habe ein „sehr heterogenes Bild“ ergeben, so das MLUL im Fachausschuss. Nicht in allen Landkreisen wurden offenbar die rechtlichen Anforderungen (AWSV) ordnungsgemäß umgesetzt.

Um eine systematische Übersicht über die tier- und immissionsschutzrechtliche Überwachung in Brandenburger Tierhaltungsanlagen zu erhalten, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Große Anfrage an die Landesregierung gerichtet. In Brandenburg gibt es (Stand 2018) 610 Tierhaltungsanlagen, die hinsichtlich immissionsschutzrechtlicher Bestimmungen kontrolliert werden müssen, d. h. durch deren Betrieb in besonderem Maße schädliche Umweltwirkungen hervorgerufen werden können. Der Anteil kontrollierter Anlagen nach Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) lag laut Antwort der Landesregierung 2013 bei 15 % und 2018 bei 30 %. Etwa 25 % der Anlagen wurden in den vergangenen 5 Jahren gar nicht kontrolliert. In Hinblick auf tierschutzrechtliche Bestimmungen sind insgesamt 9.563 Anlagen kontrollpflichtig. In den Jahren 2013 und 2018 wurden in Brandenburg jeweils durchschnittlich gut 7 % dieser Anlagen kontrolliert. Die Kontrolldichte variiert sowohl in Bezug auf den Tier- als auch Immissionsschutz von Landkreis zu Landkreis sehr stark. Wie die Antwort auf die Große Anfrage zeigt, gab es dabei extreme Ausreißer.

Um die tier- und immissionsschutzrechtliche Überwachung Brandenburger Tierhaltungsanlagen zu verbessern, fordert der Landtag die Landesregierung daher auf:

1. mehr Personal zu aktivieren, indem innerhalb der Ministerien die Überwachungen einen höheren Stellenwert erhalten und den Landkreisen Hinweise zu einer Mindestpersonaldichte gegeben werden;
2. für Mindeststandards zu sorgen, indem in Zusammenarbeit mit den Landkreisen einheitliche Vorgaben zu Mindestkontrollfrequenzen in Tierhaltungsanlagen erlassen werden, um sowohl regelmäßige als auch angemessen häufige Kontrollen aller Anlagen sicherzustellen;
3. klare Regeln zu schaffen, die sowohl den Betrieben Planungssicherheit als auch den Kontrollbehörden eindeutige Richtwerte geben. Hierzu soll sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung (TierSchNutzV) verbindliche Haltungs- und Managementvorschriften für alle genutzten Tierarten in allen Produktionsstufen festgelegt werden und die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) grundlegend novelliert wird. Auf Landesebene sollen umgehend Erlasse (Puten, Schweine) verfügt werden, um die bundesrechtlichen Lücken zu füllen. Die bereits beauftragte Nutztierhaltungsstrategie, ist dem Landtag noch diese Legislatur zukommen zu lassen.

Begründung:

Grundsätzlich gilt nach §1 des Tierschutzgesetzes (TierSchG), dass niemand einem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zufügen darf. Tierschutzrechtliche Verstöße können nach §17 des TierSchG mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafen geahndet werden. Verstöße betreffen in großen Anlagen oft gleich Tausende bis Zehntausende Tiere. Aufgrund der Größe einiger Anlagen spielen sich auch Verstöße gegen das Umweltrecht oft in großen Dimensionen ab. Die Antwort auf die Große Anfrage zeigt auch, dass in Brandenburg keine Reduzierung der Tierbestände angestrebt wird, vielmehr wurden in den vergangenen 5 Jahren neue Anlagen in Betrieb genommen bzw. wurden weitere genehmigt oder befinden sich im Genehmigungsverfahren.

Im Einzelnen:

Zu 1.

Wie die Antwort auf die Große Anfrage zeigt steht die Realität hinter der gesellschaftlichen Erwartung einer umfassenden und nahezu ständigen Überprüfung von Tierhaltungsanlagen zurück. Eine solche Kontrolle kann auch durch zusätzliches Personal allein nicht erreicht werden. Allerdings muss mit einer entsprechenden Personaldichte gewährleistet sein, dass Nutztiere ein Mindestmaß an Schutz genießen und die ohnehin minimalen gesetzlichen Standards in Bezug auf den Tierschutz eingehalten werden.

Zu 2.

Die Antwort auf die Große Anfrage hat gezeigt, dass es abhängig vom Landkreis eine außerordentlich große Varianz der Kontrolldichte in Bezug auf den Tierschutz gibt. So wurden etwa im Landkreis Uckermark 2013 und 2018 jeweils knapp 20 % der Betriebe kon-

trolliert, während im Landkreis Oberhavel der Anteil kontrollierter Betriebe bei 0,2 bzw. 2,5 % lag. In Bezug auf den Immissionsschutz zeichnete sich ein ähnliches Bild ab. So wurden 2013 im Landkreis Ostprignitz-Ruppin nur 1,7 %, im Landkreis Oberspreewald-Lausitz hingegen 61 % der kontrollpflichtigen Betriebe überprüft. Im Jahr 2018 wurden im Havelland nur 4,3 %, im Landkreis Elbe-Elster 95 % der Betriebe kontrolliert. Um die Einhaltung der tierschutzrechtlichen Belange strenger und kontinuierlicher zu kontrollieren, müssen Tierschutzkontrollen wesentlich zielgerichteter gestaltet werden.

Es muss Sorge dafür getragen werden, dass jegliche tierhaltenden Betriebe, vor allem bereits auffällig gewordene Betriebe, deutlich häufiger und ohne Vorankündigung kontrolliert werden.

Zu 3.

Eine Häufung der Tierschutzverstöße fand in den Kategorien „Gebäude und Unterbringung“, „Füttern, Tränken und beigefügte Stoffe“ und „Böden (für Schweine)“ statt. Abhilfe könnte nach Auskunft der Landesregierung in der Großen Anfrage durch eine grundlegende Sanierung oder den Stallneubau erreicht werden. Tierhalter weisen der Antwort zufolge aber darauf hin, dass fehlende Planungssicherheit aufgrund der Unklarheit über zukünftige rechtliche Vorgaben, insbesondere in der Sauenhaltung, sie von einem Stallneubau abhält. Die Landesregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine zügige Überarbeitung der TierSchNutzV einzusetzen und für die verschiedenen Nutztierarten verbindliche Standards einzufordern, die sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren. Die geltende TierSchNutzV gibt zwar bereits Mindeststandards für die Haltung von Nutztieren zu Erwerbszwecken vor. Allerdings sind die Vorgaben kaum mit den Bestimmungen aus dem Tierschutzgesetz vereinbar. So umfassen die Vorgaben der TierSchNutzV keine artgerechte und den Bedürfnissen der Tiere angepasste Ernährung, Pflege und Unterbringung. Häufig führen vorgegebene Haltungsformen zu Tierleid, etwa wenn die Tiere an die Haltungsbedingungen angepasst werden, statt die Haltungsbedingungen an den Bedarf der Tiere anzupassen.

Das Land verfügt zudem über eigenen Spielraum und sollte konkrete Vorgaben für Putenhalter erlassen, die sich an den Bedürfnissen der Tiere orientieren, solange dergleichen auf Bundesebene nicht erfolgt. Putenhaltende Betriebe werden zwar durchschnittlich oft kontrolliert (2018: 7 %), allerdings werden in der ohnehin schon unzureichenden TierSchNutzV für Puten im Gegensatz zu anderen Nutztieren keinerlei Vorgaben gemacht.

Die Erarbeitung der Nutztierhaltungsstrategie in Brandenburg, wie im Umsetzungskonzept zum Tierschutzplan gefordert, steht noch aus.